



EVP Schaffhausen: Parolen zu den Eidgenössischen Abstimmungen vom 23. September 2018

Bundesbeschluss über die Velo Wege sowie die Fuss-und Wanderwege

Velo fahren ist heute ein beliebtes Fortbewegungsmittel und eine boomende Freizeitbeschäftigung. Velofahren trägt dazu bei, dass es in Bahn, Bus, Tram und auf den Strassen mehr Platz gibt und der Strassenverkehr allgemein entlastet wird. Gleichzeitig wird weniger Energie verbraucht und damit kommt es zu weniger Treibgasemissionen. Ein gut geplantes Velo Netz fördert die Sicherheit auf allen Verkehrswegen, auch Fussgänger und Wanderer profitieren davon. Es macht Sinn, dass der Bund die Velo Wege fördert und koordiniert und den Kantonen und Gemeinden unterstützend zur Seite steht. Die EVP-Mitglieder stimmen einstimmig für die „Veloinitiative“ und damit zu einer Ergänzung in der Bundesverfassung.

Fair-Food-Initiative

Grosse Sympathie findet die Fair-Food-Initiative bei einigen Mitgliedern von der Idee her. Förderung von Umwelt schonender, tierfreundlicher und fair produzierter Produkte findet generell Zuspruch. Dass die neuen Vorgaben für CH-Produkte gelten sollen, wäre eine Sache. Doch, dass diese Standards auch für importierte Produkte gelten sollen, macht das Ganze schon schwieriger. Besonders die Kontrollen über die Einhaltung der neuen Standards wären sehr aufwändig und kompliziert. Internationale Abkommen wären auch davon betroffen. Wegen Bedenken über die Durchführbarkeit beschliessen die EVP-Mitglieder die Stimmfreigabe. Allgemein wird festgestellt, dass zu viele verschiedene Punkte in dieser Initiative verpackt sind.

Ernährungssouveränität

Diese Initiative findet von den EVP-Mitgliedern keinen Zuspruch. Sie wird als zu radikal empfunden. Stärkere Eingriffe durch den Staat hätten Mehrkosten für die Konsumentinnen und Konsumenten zur Folge und auch für den Staatshaushalt. Bereits heute erhalten CH-Bauern hohe Subventionen für ihre Landwirtschaft. Zudem müssten bei Annahme der Vorlage auf gewisse Produkte bei der Einfuhr höhere Zölle erhoben werden oder die Einfuhr dieser ganz verboten werden. Dies würde jedoch internationalen Abkommen widersprechen. Gründe für ein klares „Nein“.

Aktuarin: Brigitte Bosshart

Beringen, 30. August 2018